

Sascha Regier

Stell dir vor, es ist Demokratie und keiner arbeitet. Zur Ideologie der Demokratiebildung „entideologisierte“ Politischer Bildung

Die dominierenden Ansätze der Politikdidaktik behaupten von sich, ideologiefrei zu sein. Ihr Demokratieverständnis beruht jedoch auf der liberalen besitzindividualistischen Ideologie des Bürgertums des 19. Jahrhunderts. Es läuft auf die Akzeptanz der bestehenden Eigentumsverhältnisse im Gegenwartskapitalismus hinaus. Fragen bzgl. einer Demokratisierung der Gesellschaft stehen in diesen politikdidaktischen Ansätzen nicht zur Debatte. Damit wird auch dem gegenwärtigen Rechtsrutsch kaum etwas entgegengesetzt.

Zur gegenwärtigen Gefährdung der Demokratie

Ohne Zweifel steht die demokratische Gesellschaft gegenwärtig unter Druck. Auf Seiten der Bevölkerung nimmt das Vertrauen in die bestehende Demokratie stetig ab. So hat die *Leipziger Autoritarismus-Studie* 2024 empirisch ermittelt, dass von den Befragten in Deutschland nur noch 42,3 Prozent von der „Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert“ überzeugt sind. 2020 lag der Anteil noch bei 57,6 Prozent, was damals bereits alarmierend war (Decker u. a. 2024, S. 72).

Dies sind besorgniserregende Entwicklungen. Doch nicht nur bzgl. der Einstellungen, sondern auch auf der politischen Ebene zeigen sich Gefahren: Wie brüchig einst als stabil geltende demokratische Institutionen sind, wird gerade in den USA unter Donald Trumps erneuter Präsidentschaft durchexerziert.

Diese Entwicklungen sollten für die Politische Bildung Konsequenzen haben, um dem gegenwärtigen Rechtsrutsch auf politikdidaktischer Ebene zu begegnen. Aber nicht – so die im vorliegenden Aufsatz erläuterte These – lediglich im Sinne des Lernens der bestehenden Institutionen und dem Erlernen demokratischen Verhaltens, sondern im Sinne der Politischen Bildung *über* Demokratie, was auch Fragen bzgl. Chancen und Gefahren potenzieller *Demokratisierung* beinhaltet. Denn Politische Bildung sollte nicht im affirmativen und konservativen Erlernen des Bestehenden verharren, sondern ermöglichen, über die politische Ausgestaltung der gesellschaftlichen Räume zu reflektieren und diese zu ermöglichen.

Forderungen der Demokratiebildung durch die Politik

Regelmäßig verlangen politische Parteien und Ministerien nach Demokratiebildung als Reaktion auf die nachlassende Zustimmung zur Demokratie, auch im außerschulischen Bereich, der non-formalen Bildung. U. a. soll das 2015 vom Bundesfamilienministerium lancierte staatliche Programm „*Demokratie leben!*“ dazu führen, dass junge Menschen in Deutschland die Demokratie zu schätzen lernen und als schützenswert erachten (Bürgin 2021, S. 56).

Jedoch basieren diese Sichtweise und staatlichen Programme oftmals auf problematischen Grundannahmen. Denn zum einen wird im Sinne der Extremismustheorie suggeriert, die Demokratie werde lediglich von den politischen Rändern bedroht. Regelmäßig wird neben dem Rechtsextremismus gleich noch der „Linksextremismus“ (und seit einigen Jahren auch der „islamistische Extremismus“) als demokratiegefährdend und verfassungsfeindlich eingestuft, wodurch diese „Ideologien“ als im Kern wesensidentisch vermittelt und einer vermeintlich demokratischen Mitte gegenübergestellt werden (zur Kritik vgl. Bürgin 2021). Diese staatlichen Programme der Extremismusprävention verorten die Gefährdung der Demokratie vor allem in Personen oder spezifischen Akteur*innen, denn in staatlichen Institutionen oder gesellschaftlichen Verhältnissen. Dabei wird regelmäßig ausgeblendet, dass „die“ Demokratie – im Verlauf des Textes wird geklärt werden, um welche Art von Demokratie es eigentlich (nicht) geht, wenn allgemein von „der“ Demokratie gesprochen wird – auch durch bestimmte Staatsapparate (u. a. Innenministerium, Finanzministerium) und damit den Staat selbst sowie durch Strukturprinzipien kapitalistischer Vergesellschaftung (u. a. Privatisierung, Einfluss von Vermögenden auf Medien/Politik) bedroht wird. Gesetze und Gesetzesentwürfe verstoßen immer wieder gegen die im Grundgesetz versicherten demokratischen Grund- und Freiheitsrechte sowie das Prinzip des freiheitlichen Rechtsstaats, was das Bundesverfassungsgericht regelmäßig anmahnt. So konstatieren die *Grundrechteberichte*, dass neben antidemokratischen rechten gesellschaftlichen Bestrebungen die gravierendsten Gefährdungen der Demokratie, der Grundrechte und des Rechtsstaats „im Wesentlichen von staatlichen Institutionen aus[gehen].“ (Grundrechtebericht 2016, S. 13) Jüngst zeigte sich dies mit dem Angriff auf die Zivilgesellschaft durch die parlamentarische Anfrage bzgl. der „Neutralität“ von Nichtregierungsorganisationen der Unionsfraktion unter Friedrich Merz.

Alles in allem zielen die meisten Ansätze der außerschulischen Demokratiebildung auf die Bewahrung der *bestehenden* politischen (und ökonomischen) Ordnung, auf den status quo. Politischer Bildung kommt da-